

Ersteilt in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
Im Jahr 1 Mark 50 Pf. pro
Semester.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
6. Monat besonders angenommen; bei
Königl. Sachsen und Herzogth. Sachsen-
Weimar auch auf den 12. Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
letz. Veranlassungen pro Zeile 10 Pf.,
letz. Veranlassungen pro Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postämtern und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditionen.
New-York: Es. v. Bismarck, Genies-
str. 154, E. 14th St.
Philadelphia: E. G. S., 430 North
3rd St.
J. S. S., 1129 Charlotte St.
Boston N. J.: J. E. G., 215 Wash-
ington St.
Chicago: A. K. S., 74 Clybourn St.
San Francisco: J. S. S., 418 O'Farrell St.
London W.: G. S., 8 New St.
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 112. Sonntag, 22. September. 1878.

Eine perfide Komödie

Hat sich dieser Tage im hohen Reichstage deutscher Nation abgespielt.
Bei der Wahl zur Commission für das Sozialistengesetz hatte man allseitig mit Ausnahme der Conservativen den Wunsch geäußert, daß auch ein Sozialdemokrat in dieselbe gewählt werde. Nach langem Hin- und Herreden aber war man sich einig geworden, den von den verschiedenen kleineren Gruppen vorgeschlagenen Abgeordneten Sonnemann zu acceptiren und die Sozialdemokraten nicht zu berücksichtigen. Sonnemann aber verzichtete in richtiger Würdigung der Sachlage zu Gunsten Bebel's.
Nun ist eine solche Verzichtleistung, solange der Reichstag existirt, immer und zwar von allen Seiten respektirt worden.
Deshalb war man allgemein verblüfft, als die zweite Abtheilung, welche die Wahl Bebel's nominell zu vollziehen hatte, einen Treubruch beging und gar an Stelle Bebel's den reaktionären Professor Gneist erwählte.
Dies ist das erste Mal, daß eine derartige Perfidie im Reichstage ausgeübt worden ist.
Die Quintessenz aber dieses Treubruchs, den conservative und nationalliberale Abgeordnete verübt haben, ist die Fernhaltung eines Sozialdemokraten aus der Commission, welche über das gegen die Sozialdemokratie gerichtete Gesetz berathen soll! Das ist unerhört! Das ist beispiellos da in der Geschichte des parlamentarischen Lebens, des parlamentarischen Anstandes!
Wenn schon bei der Verathung des Gesetzes im Plenum im Gegensatz zu den Rednern unserer Partei die Herren von Bismarck und von Kleist-Repow die Schranken des parlamentarischen Gebrauchs durchbrachen, indem sie mit Lügner und Banditen um sich warfen, so setzt aber dies Verfahren der conservativen Bauernfraktion und der national-liberalen Heuchlergesellschaft, die für Bebel zu stimmen versprochen, Allem die Krone auf.
Dem Volke in Deutschland, der gesammten Arbeiterklasse aber wird es immer klarer, daß von Seiten der jetzigen Parlamentsmajorität nur Elend und Unfreiheit zu erwarten ist, daß es immer mehr an der Zeit ist, den drohenden Gefahren der Reaction durch einmüthiges Zusammenhalten die Spitze zu bieten, daß die Arbeiter, die Glenden und Enterbten, die Geächteten nur auf der Bahn des Sozialismus dem Elende und der Acht dauernd entrinnen können.
Dieser perfide Gewaltstreich wird trotz Ausnahmegesetz bei den nächsten Wahlen schon geföhrt werden. — Die Namen der Treubrühigen aber werden wir, wenn wir dieselben erfahren haben, annageln an den Schandpfahl.

Ueber das Sozialistengesetz

bringt der „Staatssozialist“ (monarchisch-conservativ) einen vorzüglichen Artikel, den wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. Derselbe lautet:
Mit Unrecht hat man zur Rechtfertigung des neuen deutschen Sozialistengesetzes auf die analoge französische Gesetzgebung verwiesen. Das entsprechende französische Gesetz wird von dem deutschen Reichsgesetz um mehrere Geheimraths-Längen geschlagen.
Während das französische Gesetz sich auf internationale Vereine beschränkt, die Gegenstände, um welche es sich handelt, präcise formulirt und die betreffende Entscheidung den ordentlichen Gerichten beläßt, stellt das deutsche Reichsgesetz sich von Anfang bis zu Ende als eine in den unbestimmtesten Ausdrücken geföhnte Ausnahme-Maßregel dar, als ein Gesetz, dessen Schwerpunkt in dem freien Ermessen der Polizei-Behörden ruht, welches die Vereine und Versammlungen, ohne Rücksicht auf ihren etwaigen internationalen oder nationalen Charakter, selbst die auf bestimmte Localitäten berechneten Klassen, gleichmäßig trifft, und welches in der Gestalt, wie es aus den Verhandlungen des Bundesrathes hervorgegangen ist und nach Beseitigung des ursprünglich in Aussicht genommenen Reichsamtes auch nicht einmal mehr den Schein einer richterlichen Correctur und Entscheidung enthält.
So wie der Entwurf jetzt lautet, sind von den vier und zwanzig Paragraphen, die er enthält, zwei und zwanzig offenbar zu viel. Zwei Paragraphen würden vollständig genügen:
§ 1. Ein von dem Bundesrath niedergesetzter Ausschuss — schon an sich ein ominöser Name! — verfügt und entscheidet selbstständig und endgiltig darüber, welche Preß-Erzeugnisse mit Beschlag zu belegen und zu unterdrücken; welche Versammlungen aufzulösen; welche Vereine zu schließen und bei Strafe zu verbieten und welche Klassen zu confisciren sind.
§ 2. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft.
Es ist dies nicht etwa ein Scherz, den wir uns erlauben, im Gegentheil sind wir durchaus ernsthaft der Ansicht, daß der jetzt vorliegende Gesetz-Entwurf nach Beseitigung aller Nebensächlichen und Unwesentlichen im Grunde auf dasselbe hinausläuft, und daß man deshalb gut thun würde, genau dasjenige auszusprechen, was man meint, und so über den Inhalt und die Tragweite des qu. Gesetzes nach keiner Seite einen Zweifel zu lassen.
Außerdem würde die von uns vorgeschlagene Fassung noch den Vorzug haben, das qu. Gesetz seines Ausnahme-Charakters zu entkleiden, eine offene verantwortungsvolle Diktatur zu etabliren und damit wenigstens die Möglichkeit zu gewinnen, ungehindert und auf dem kürzesten Wege zu der Erkenntniß über den Nutzen derartiger Maßregeln zu gelangen.
Zur Vermeidung von Mißverständnissen und Mißdeutungen bemerken wir dabei ausdrücklich, daß wir unsererseits so wenig

den kurzen wie den langen Entwurf empfehlen und begehren, daß wir vielmehr hypothetisch argumentiren in dem Bestreben, wenn es einmal mit dem Zwange versucht werden soll, dann wenigstens keine halbe Arbeit zu machen und die Verantwortung nicht auf die Schultern untergeordneter Lokalbehörden, sondern — nach Analogie des englischen Oberhauses — auf die der höchsten politischen Körperschaft des Reiches zu legen.
Der in dem vorliegenden Gesetz-Entwurf vorgesehene Instanzenzug hat für den Sachverständigen nicht den mindesten realen Werth. Das von der Polizei-Behörde unterdrückte Erzeugniß der Presse, insbesondere der periodischen, ist und bleibt unterdrückt und in seiner Wirkung paralytisch, auch wenn hinterher — nach unbestimmter Zeit — die Unterdrückung als ungerichtet anerkannt wird; die Versammlung ist und bleibt aufgelöst, was auch demnächst geschehen mag; der zu Unrecht geschlossene Verein ist — abgesehen von der daneben hergehenden geheimen Organisation — in seiner Existenz gestört und unterbrochen und seine Wiederbelebung wesentlich identisch mit der Begründung eines neuen, und eine konfiscirte genossenschaftliche Kasse wird voraussichtlich auch durch eine etwaige Remedur kein neues Leben gewinnen.
Ebenso hat die in dem qu. Gesetz-Entwurfe beliebte Nomenclatur von Vereinen, Versammlungen und Druckchriften, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder communistischen Bestrebungen „dienen“, wenig oder gar keine Bedeutung, da die Formulirung dessen, was man treffen will, sich in Ausdrücken bewegt, die selbst noch einer anerkannten Definition entbehren und es daher ein vergeblicher Versuch bleiben wird, eine Dunkelheit durch die andere aufzuklären. Es würde deshalb auch nicht einmal so weitgehender Ausdrücke bedürfen wie der, welche sich in dem § 9 finden, wo es heißt: „Versammlung, von denen anzunehmen ist, daß sie Bestrebungen der in § 1 bezeichneten Art dienen werden.“ das Wort „dienen“ ist schon an sich weit genug, um zu dem Urtheil zu gelangen, daß mit derartigen Festsetzungen das polizeiliche Ermessen auf breiter Basis etablirt ist. Es bedarf hierbei nicht einmal der Geschicklichkeit eines Richelieu — welcher bekanntlich nur drei geschriebene Worte verlangte, um den Schreiber an den Galgen zu bringen — um in jeder Druckchrift und in jeder Versammlung, welche sich auch nur entfernt mit volkswirtschaftlichen oder sozialen Dingen beschäftigt, einen Anhalt für die Annahme zu finden, daß dieselben sozialistischen Bestrebungen „dienen“ werden. Es gilt dies ebensowohl für die conservative wie für die liberale Partei, wie wir denn auch jetzt schon in den gegenseitigen Rekrimationen einen Vorgegeschmack davon empfangen haben, in welcher Weise die Auslegung des Gesetzes sich in der Praxis gestalten dürfte. Der Conservative, welcher den gesammten Liberalismus nur als eine Vorstufe und Vorstufe der Sozialdemokratie betrachtet, und der Liberale — einschließlich des Grafen Bethusy — welcher den christlichen Sozialismus als die gefährlichste Spielart des Sozialismus erkennt, sie werden sich beide gegenseitig in die Hände arbeiten, den Geltungsbereich des Gesetzes möglichst zu verbreitern. Am schlechtesten werden dabei natürlich diejenigen fahren, welchen gegenwärtig die Rolle des Amboß zugewiesen ist, und es ist deshalb durchaus nicht ohne Grund, wenn in neuerer Zeit die conservative Partei des Reichstages von ihren eigenen Organen, insofern diese nicht ganz zu Bleichschmieden verkümmert sind, gewarnt wird, den beliebten Sprung ins Dunkle nicht mit allzu leichtem Herzen vorzunehmen. Noch ist der Liberalismus am Ruder, und man wird wohl daran thun, nicht allzu sicher auf seine baldige Entsetzung zu rechnen.
Auf die kleinen juristischen Bedenken und Widersprüche, welche sich in dem fraglichen Gesetzentwurf finden, wollen wir an dieser Stelle nicht näher eingehen, dieselben sind bereits von anderer Seite in überzeugender Weise dargelegt.
Ebenso ist bereits vielfach und neuerdings in einem ausführlichen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ mit schwer widerlegbaren Argumenten der Nachweis geführt worden, daß auch abgesehen von der weiten Verbreitung, der bereits vorhandenen reichen Literatur, den ausgedehnten Hilfsmitteln und der vortrefflichen Organisation der sozialdemokratischen Bewegung die Wirksamkeit des fraglichen Gesetzes, selbst wenn es unverändert angenommen und mit der äußersten Energie gehandhabt würde, doch schon an der „Masse und der lokalen Richtigkeit des Zusammenhangs der sozialistischen Arbeiterpartei“ scheitern müßte. Es ist eben die Zahl und die durch nichts zu besitzigende oder auch nur zu unterbrechende tägliche gegenseitige Verührung der Mitglieder der Arbeiterpartei, sowie die schweigende freiwillige Propaganda, die der wirtschaftliche Nothstand treibt, welche das Geheimniß der Stärke der Sozialdemokratie bilden und dieselbe gegen jede bloß äußerliche Gewalt sicher stellen, so daß die Spitze des Gesetzes sich schließlich gegen diejenigen kehren dürfte, welche den Säbel des Gensdarmen als ihre schärfste Waffe zu betrachten gewohnt sind.
Um so wichtiger und präjudicialer ist deshalb die bereits wiederholt von uns aufgeworfene Frage, mit welchen sachlichen, auf die Masse der Bevölkerung berechneten Maßregeln die Regierung ihre Ausnahme-Gesetzgebung zu begleiten gedenkt.
Jeder Schritt vorwärts ohne eine darauf bezügliche Garantie würde ein doppelter Fehler sein.

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Sitzung des Reichstages vom 18. September wurde der Antrag Bracke's auf Sistirung des Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Frißche, der wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes angeklagt ist, für die Dauer der Session gegen den Widerspruch der Conservativen vom Hause genehmigt. Der Präsident verlagte darauf das Haus auf 8 bis 14 Tage.

— Die Commission für das Sozialistengesetz besteht aus Bennigsen, Lasker, Stauffenberg, Schanz, Garnier, Puttkammer und Gneist (Nationalliberale), Hänel und Hoffmann (Fortschritt), Reichenperger-Olpe, Hertling, Haack, Graf Galen, Roufang und Brühl (Centrum), Hellborn, Adermann und Gähler (Deutsch-Conservative), Kardorf, Schwärze, Schmid-Württemberg (Reichspartei). Wider die Abmachung wurde in der zweiten Abtheilung Gneist und nicht Bebel, der nur 6 Stimmen erhielt, gewählt.
— Während der Fortsetzung der Debatte über das Sozialistengesetz ereignete sich ein Zwischenfall, den wir noch nachträglich erwähnen wollen. Der bekannte conservative Schreier Kleist-Repow war in seinem Eifer so weit gegangen, die sozialdemokratische Partei: „Die Schule des Hochverraths“ zu nennen, außerdem bediente sich der Fürst-Reichskanzler einiger Aeußerungen, welche schmerzlich in einem parlamentarischen Vergleichen zu finden sein dürften, das gab Bebel Anlaß, sich zur Geschäftsordnung zum Wort zu melden und spielte sich da nach der „Post“ folgende Szene ab:
Abg. Bebel (zur Geschäftsordnung): Der Herr Präsident hat vorhin bei dem Zwischenrufe „Denunziant“ den Abgeordneten Hasselmann zur Ordnung verwiesen. Ich habe dagegen nichts einzuwenden, glaube aber, daß Herr v. Kleist dasselbe verdient hat. Er hat hier erklärt, unsere Partei vollziehe die Vorbereitung zum Hochverrath, einem Verbrechen, das mit Zuchthaus bis zu 3 Jahren oder mit Gefängniß bestraft wird. Weiter hat der Herr Reichskanzler mit Bezug auf den Abg. Frißche gesagt, er habe mich „angelogen“. Es konnte ja nach meiner gestrigen Rede nicht zweifelhaft sein, daß dieser mein Gewöhrsmann war, und ich habe die Unterlassung des Ordnungsrufes nur dadurch erklärt, daß der Herr Präsident die Aeußerung vielleicht überhört hat. (Oho! rechts.) Ja wohl, die Geschäftsordnung gilt für alle Redner hier, aus dem Hause und vom Bundesrathstische. (Nein! links.) Dann werde ich eine Entscheidung der Geschäftsordnungs-Commission provoziren. (Große Unruhe.) Dann hat der Reichskanzler mit nachdrücklicher Bezeichnung unserer Partei erklärt, sie — nämlich er und die Antisozialisten — ständen unter der „Herrschaft von Banditen“. Unzweifelhaft hat er uns zu den Banditen gerechnet. (Unruhe.) Das hat einen Ordnungsruf verdient. (Erneute Unruhe.) Wir lassen aber uns gewiß der Redefreiheit den weitesten Raum beanspruchen aber für uns das gleiche Recht.
Präsident Dr. v. Jordan: Ich habe alle diese Angriffe auf meine Geschäftspraxis mit angehört und constatire nun Folgendes: Ich bin hier bei der Handhabung der Geschäftsordnung bis auf einen Punkt — bei dem ein Appell an das Plenum freisteht — durchaus souverän. Die Geschäftsordnungs-Commission steht nicht als Instanz über mir, eine Appellation von mir an diese giebt es nicht. Zur Sache selbst! Ich erkenne an, daß der Abg. v. Kleist außerordentlich scharf gesprochen hat, so scharf, wie ich es bei keiner anderen Debatte hätte passiren lassen. Er hat ausgeführt, daß die Sozialdemokraten in ihrer Agitation Handlungen begehen, die den Hochverrath vorbereiten. Aber bei der Verathung gerade dieses Gesetzes, zur Substantiirung der Annahme desselben, kann ich den Redner nicht hindern, diese Ausführungen zu machen, sobald sie den Thatsachen entsprechen. Ich habe das als eine sachliche Ausführung angesehen, auf die nachher sachlich geantwortet werden könnte. Ich ertheile deshalb sofort nach der Rede des Abg. v. Kleist — ehe noch Hr. Bebel das Wort zur Geschäftsordnung erbat — dem Abg. Bracke das Wort, dem ich die Entgegnung anheimstellte. Was die Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers angeht, so halte ich allerdings dafür, daß der Präsident das Recht hat, die Würde des Hauses gegen Jedermann zu wahren. Der Präsident verliest aus dem stenographischen Bericht die fragliche Stelle der Rede des Herrn Reichskanzlers und fährt fort: Der Reichskanzler hat hier gesagt, ein gewisser Frißche habe vielleicht Herrn Bebel angelogen und er hat, als ihm zugerufen wurde, daß das ein Abgeordneter sei, diesen Vorwurf sofort zurückgenommen. (Sehr wahr! rechts.) Wäre dem Abg. Frißche eine Lüge wirklich vorgeworfen, so würde ich das gerügt haben. Mit der Rücknahme war mein Einschreiten hinfällig. Was endlich die „Banditen“ angeht, so hat der Herr Reichskanzler überhaupt und im Allgemeinen ausgesprochen, daß er und das ganze deutsche Volk gegen Banditen geschätzt sein wolle, und gegen diese Aeußerung habe ich keine Correctur. (Beifall rechts.)
— Nach Schluß der Generaldebatte über das Sozialistengesetz erwidert in einer persönlichen Bemerkung Richter (Hagen) dem Reichskanzler, daß er das Fehlen des Letzteren nie inhuman bemängelt, sondern höchstens constatirt habe und auch das nur bei der letzten Sozialistenvorlage am 23. Juni d. J. und dann vorher einmal am 22. November 1875, worauf der Reichskanzler ihm ja auch schon erwidert, wie er sich auch hätte merken sollen. Er habe auch J. J. Robertson nur angedeutet als den Mann, der es möglich gemacht, daß die schlesische Weberdeputation unter dem Weber Florian Paul bei Friedrich Wilhelm IV. vorgefassen wurde. Im Uebrigen habe er schon den Lassalle'schen Bestrebungen zu einer Zeit widerstrebt, als v. Bismarck noch mit Lassalle conferirte. Wenn zuweilen die Sozialisten mit der Fortschrittspartei stimmten, so sei das doch nicht so hinzustellen, als ob er (Redner) immer mit den Sozialdemokraten in erster Reihe stimme.
Bebel erwidert persönlich dem Reichskanzler, daß er den Auslassungen Gähler's mit Auge und Ohr beigewohnt, daß ihm also Niemand Etwas „aufgebunden“ habe. Der Reichskanzler habe seine diesbezüglichen wie auch manche andere Aeußerungen in ganz anderer Weise aufgefaßt, als sie gelautes haben. Für

seine übrigen Auslassungen werde er die Beweise herbeizuschaffen suchen. Auch habe er nicht gesagt, Frischi als Vizepräsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins habe den Auftrag gehabt, die Versammlungsberichte direkt an den Fürsten Bismarck zu schicken, sondern Dr. Dammer habe das Präsidium an Frischi mit der Aufforderung abgegeben, er solle derartige Berichte direkt an den Fürsten Bismarck schicken. Redner wendet sich hierauf gegen mehrere Ausführungen v. Kleist's, in denen dieser ihn mißverstanden habe, und bezeichnet es als einen Irrthum seinerseits, wenn er die Auslassungen des Reichskanzlers anders aufgefaßt, als sie gesprochen waren.

Frischi erwidert auf die ihm von Seiten des Reichskanzlers zu Theil gewordene Beleidigung, er lege auf dieselbe weniger Werth, weil sie in Folge eines Druckfehlers in dem Zeitungsberichte entstanden sei.

Bamberger verteidigt sich gegen einige Vorwürfe von Seiten Brade's.

Liebknicht will sich gegen eine Aeußerung v. Kleist-Regow's aussprechen; der Präsident bemerkt ihm aber, daß v. Kleist den Namen Liebknicht's nicht genannt habe, und daß somit die persönliche Bemerkung gar nicht zulässig sei.

Zur Sozialistengesetzdebatte. Wir wollen hier einige Aussprüche der „Volkszeitung“ und der „Magdeburgischen Zeitung“ citiren, von denen die erstere Gegnerin des Sozialistengesetzes, die letztere gläubige Anhängerin desselben ist. Die „Volkszeitung“ schreibt:

„An dem ersten Tage der Debatte über das Ausnahmegesetz war es die Rede des Abg. Bebel, welche durch die Schwere, der Regierung entgegengesetzten Anlagen den Verhandlungen ihren eigenartigen Stempel aufdrückte. Es war als ob die Rollen gewechselt wären: nicht der Reichstag sah über die Sozialisten zu Gericht, sondern der Sozialistenführer trat als ein leidenschaftlicher und rücksichtsloser Ankläger gegen ein Regierungssystem auf, dessen verderbliche Konsequenzen so oft bereits gebührend gekennzeichnet sind.“

Hören wir nun die „Magdeburgische Zeitung“ über den ersten Tag:

„Der Herr Graf von Stollberg (Vizekanzler) hat in seiner Eröffnungsrede nichts Weiteres gesagt, als was bereits ungleich vollständiger, ungleich methodischer in den Motiven zum Gesetzentwurf niedergelegt ist. Viel besser ist es auch dem anderen Vertreter der preussischen Regierung nicht ergangen, dem Grafen Eulenburg, dem der Ruf einer gewissen Schneidigkeit im Wesen und im Ausdruck bei gleichzeitiger ungewöhnlicher Deutlichkeit vorausgesetzt ist. Nun diesmal zum Mindesten hat er dem größten Theil der auf ihn gesetzten Erwartungen nicht entsprochen. Trotzdem der sozialistische Vordränger, Herr Bebel, ihm durch seine beispiellose Offenheit eine ganze Menge von Handhaben dargeboten hatte, trotzdem Herr Bebel das Agitationsprogramm der Zukunft mit einer kaum zu überbietenden Redlichkeit entwickelt hatte, verschmähte es der Herr Graf Eulenburg, mit der ihm angerühmten Schärfe und Schlagfertigkeit dem Gegner auf den Leib rücken. Daß der Herr Minister auf die Enthüllungen nicht näher einging, welche der Sozialistenführer aus der chroniquen scandelouse seiner Partei zum Besten gab und wobei auch allerdings recht schweifend gefärbte Streiflichter auf anderweitige Kreise geworfen werden mußten, kann Niemand verwundern. In dieser Hinsicht dürfte der weitere Verlauf der Verhandlungen noch manche andere Selbstsamkeit und Pikanterie zu Tage fördern. Allein neben diesen geschichtlichen Bemerkungen entwarf Herr Bebel mit einer an Eynismus grenzenden Offenheit die Etappenstraße, welche demnächst die Sozialdemokratie innehalten wird, und hierauf war man wohl berechtigt, irgend eine Gegenansicht von Seiten der Regierung zu vernahmen. Ist es aber zu verwundern, wenn die Schildträger jener radikalen Partei dann mit einer nicht weiter zu charakterisirenden Seelenfreude von ihren Anhängern zu erklären: „Seht, Niemand hat uns zu widerlegen vermocht, ja nicht einmal zu widerlegen versucht.“

Ueber das Auftreten des Fürsten Bismarck am zweiten Tage sagt die „Volkszeitung“:

„So zieh Fürst Bismarck beispielsweise den Abg. Frischi, auf den sich Bebel gestern bezogen hatte, der Lüge, indem er vorausschickte, daß er diesen Mann nicht kenne. Aus der Mitte des Hauses darauf aufmerksam gemacht, daß er von einem Mit-

gliede desselben spräche, rechtfertigte er sich damit, daß ihm der Name des Hrn. Frischi völlig unbekannt sei. Diese Unkenntniß war in der That überraschend: daß der Fürst Reichskanzler nicht einmal über die Vorgänge in der Reichshauptstadt orientirt, daß ihm nie etwas zu Ohren gekommen sein sollte über die Stichwahl im vierten Berliner Wahlkreise, auf die das ganze Land mit Spannung blickte, ist um so wunderbarer, als bei der letzten Wahl in Berlin Vorkerkungen getroffen waren, die die Regierung sofort in der detaillirtesten Weise über den Ausfall zu informieren. Es scheint danach, als ob Fürst Bismarck sich außer für den Wahlkreis des Amtmanns Diege nur für diejenigen Kreise interessirt hat, in denen Mitglieder seines Hauses durchziehen oder wo es besonderer Schiebungen bedurfte, um sie über einen sich gehorsamst bückenden Gegner hinweg auf den Schultern des Centrums in das hohe Haus zu lanciren. — Dieser Vorgang führte zu einer Beschwerde der Sozialisten gegen das Präsidium. Der Abg. Bebel rügte es, daß dem Reichskanzler kein Ordnungsruf zu Theil geworden sei, wogegen der Präsident auf die Rechtfertigung des Fürsten selbst, seine Unkenntniß der Person, um die es sich handelte, hinwies. Das Haus pflanzte dem bei; immerhin bleibt es bedenklich, daß eine so sonderbare Unkenntniß der Personenverhältnisse arge Verstöße gegen das parlamentarische Herkommen erklipiren soll. Wir verkennen nicht die schwierige Lage, in die der Präsident versetzt war; wir glauben aber, daß dieser Fall doch dazu angehan war, über sonst wohl gerechtfertigte Bedenken hinwegzuhelfen.“

Und die „Magdeburgische“ sagt über ihren Bericht: „Der Reichskanzler ist also wirklich auf den Plan getreten. Er hat gesprochen, aber er ist vorläufig nicht in die Materie der Gesetzesvorlage eingedrungen. Ob bewußt oder absichtslos, der Kanzler hat es vermieden, auch nur entfernt etwas anzuführen, was auf die Vertbeidigung oder die Rechtfertigung der Regierungsvorlage bezogen werden könnte.“ — — — Und weiter: „Aber wenn man von diesem rein persönlichen Theil der Auseinandersetzung des Kanzlers absieht, dann muß man es ganz unüberläßt aussprechen, daß der Gang der Debatte auch durch ihn durchaus nicht gefördert wurde. Es ist dies aus mehr als einem Grunde zu bedauern. Jede Generaldebatte läuft Gefahr, sich ins Weite zu verirren. Aber eine Generaldebatte über ein Gesetz, wie das vorliegende, muß sich geradezu ins Endlose verlieren, sobald man jedes Eingehen auf die Gesetzesmaterie verschmäht oder vermeidet.“

Nun muß doch, nach diesen Urtheilen über die „Macher“ des Sozialistengesetzes, selbst dem Dümmsen der Dummheit über letzteres ein Licht aufgehen.

— In parlamentarischen Kreisen geht das Gerücht, daß der Abgeordnete Vasker mit circa 25 Genossen vom linken Flügel der Nationalliberalen aus der Partei austreten wollen. Wahrscheinlicher Grund: der offenbare Treubruch des rechten Flügels der Nationalliberalen bei der Wahl zu der Commission des Sozialistengesetzes.

— Das amtliche Fraktions-Verzeichniß führt die 397 Reichstagsmitglieder in folgender Weise auf: Fraktion der Deutsch-Conservativen 59, der Deutschen Reichspartei 56, der Nationalliberalen 96, der Deutschen Fortschrittspartei 28, des Centrums 103, der Polen 14, Sozialdemokraten 9. Bei keiner Fraktion 33 (hierunter 15 Waffler, 3 Demokraten und 1 Däne). Erledigte Mandate 1. Zusammen 367.

— Ein trefflicher Vergleich. Man schreibt dem „Frankfurter Beobachter“: Sie führen folgende Punkte auf, welche bei Annahme des sogenannten Sozialistengesetzes auf dem Spiele stehen, als da sind:

- 1) Pressfreiheit,
- 2) Vereins- und Versammlungsrecht,
- 3) die Gewerbefreiheit,
- 4) Domizilrecht und die Freizügigkeit,
- 5) die Sicherheit des Privateigentums gegen polizeiliche Confiscation ohne richterliches Urtheil,
- 6) der Schutz der persönlichen Freiheit.

Da lebte einst ein Volk in Amerika, und dieses Volk war von uns Europäern unentdeckt. Da geschah es aber, daß der König,

eine königliche Belohnung für ihre Schreier- und Kleisterarbeit von wenigen Stunden ist, so können ihre Schmieralien zu viel billigerem Preise vertrieben werden als gute Schriften, deren Autoren einen entsprechenden Ersatz für ihre aufgewandte Arbeitskraft von den Verlegern verlangen müssen, und das Publikum kauft sie vorzugsweise. Dann aber, da zwar ihre einzelnen Theile außer allem Zusammenhang oder gar in schreiendem Widerspruche stehen, aber in sich logisch und vernünftig, weil eben aus ordentlichen Autoren entlehnt, sind, so schielen alle diese „Schriften“ nach einem Sinne, während sie thatsächlich keinen haben, so glaubt der mit der einschlägigen Materie nicht genau vertraute Leser wunder welche tiefsinnige Weisheit zu vernehmen, während er thatsächlich nur ein wahnsinnig heulendes Konzert von wie betrunken durcheinandertaumelnden Gedanken hört. Eins von beiden ist die Folge: entweder bricht sich der Leser Bahn durch den Wirrwarr und hat dann den Kopf voll der ungeheuerlichsten Vorstellungen, oder er bleibt in dem Dicksicht stecken, wirft mit insinuirtem Ekel das Buch in den Winkel und verfinst in die völlige Gleichgültigkeit gegenüber den öffentlichen Dingen. So wird ein geistiger Massenmord systematisch betrieben, gegen den eine Brunnenervergiftung wirklich noch als Körperverletzung mit mildernden Umständen zu betrachten ist.

Seit fünf Jahren hauste diese fürchterliche Rottte vorzugsweise auf dem kirchenpolitischen Gebiete, weil sich ihm das nationale Interesse vornehmlich zuwandte, und sie trägt ihr gerüttelt und geschüttelt Theil der Schuld an der Abspannung und Vethargie, welche sich der Bevölkerung in dem Kampfe gegen Rom bemächtigt hat. Seitdem dies Feld erschöpft ist und sich das öffentliche Interesse mehr und mehr auf die Sozialdemokratie concentrirt, wirft sich der Schwarm Heuschrecken gleich auf die Sozialpolitik, und da seine stupende Unwissenheit hier fast noch größer ist, als sonst irgendwo, so überbietet er fast noch Alles von ihm bisher Geleistet oder richtiger Geleisteter. Wenn man bedenkt, wie die ganze Zukunft des deutschen Reiches von dem Interesse und Verständniß abhängt, welches alle Schichten des Volks unserer sozialen Entwicklung entgegenbringen, so kann man diese Dinge nur mit steigender Entrüstung, mit wachsendem Ingrimm ansehen. Dabei ist auch gar nicht abzusehen, wie dem grauenvollen Unfuge abzuhelfen ist; denn eine Gesundheitspolizei giebt es auf geistigem Gebiete nicht, über allgemein gehaltenen Tadel lachen jene Individuen, und in jedem einzelnen Falle, den einzelnen Uebelthäter an den Pranger zu stellen, ist eine ekelhafte Denkerarbeit, zu welcher sich Leute, die Besseres zu thun haben, nicht leicht hergeben. Vielleicht aber nützt es doch etwas, einmal ein gründliches Exempel zu statuiren, und da wir

und es war wirklich ein mächtiger König, zu seinen Hauptleuten und Schiffleuten, die da durch das gezalzte Meer fahren, sprach: „Zieht hinaus und entdekt mir jenes Volk.“ Und als die Hauptleute und die Schiffleute und die Männer, welche auf den Schiffen fahren, durch das Meer dahin kamen gegen Westen, wo das Haus der Sonne ist, da fanden sie jenes Volk. Und von jenem Volke wird gesagt:

„Unter dieser sonderbaren Verfassung lebte das Volk, fortgeschritten in vielen sozialen Künsten, geschickt in der Herstellung schöner Stoffe, geschickt den Boden zu bebauen, aber unbekannt mit Geld. Sie hatten nichts, was Eigenthum benannt werden konnte. Sie konnten kein Gewerke ergreifen, keine Arbeit unternehmen, sich keine Vergnügung erlauben — es sei denn, daß das eine oder das andere ihnen vom Gesez erlaubt wurde. Keiner konnte seinen Wohnsitz ändern oder andere Kleider wählen, ohne besondere Erlaubniß von der Regierung des Landes. Selbst das, was doch sogar dem niedrigststehenden der Menschen erlaubt war, konnte dort nur mit der Erlaubniß der Regierung geschehen, nämlich die Wahl eines Weibes.“

Erzählt uns dieses Prescott nicht in seiner „Geschichte von Peru“?

Und nun — fragen wir — warum sollen wir Deutschen uns vergleichen mit den Engländern, die schreiben und reden dürfen was sie wollen, warum sollen wir uns nicht vergleichen mit dem Volke von Peru? Wozu reden und schreiben? Lassen wir das den Anderen, die da nicht sind ein Volk von Denkern. Schweigend denken kann Jeder, was er will, dann wird wahr der Spruch:

„Man kann in wahrer Freiheit leben Und doch nicht ungebunden sein.“

Ein Anderer aber, der da kam aus der Weltstadt Berlin, die da liegt in des deutschen Reiches Sandbüchse, Alexander von Humboldt, erzählt uns von den Nachbarn des Volkes von Peru, genannt die Mexikaner: „Einen gleichen Zustand fanden die Europäer in Mexiko und dieser Zustand muß schon lange bestanden haben. Er war so unerträglich geworden und hatte das Volk so reichsfeindlich gemacht, daß dasselbe beim Einrücken der Spanier selbst mithalf, das Reich zu zerstören.“ Dies wird uns erzählt in dem Buche „Geschichte von Neu-Spanien“. Wir aber wollen Gott danken für unser täglich Brod — und wollen trotz Alledem und Alledem nicht an der Zukunft Deutschlands verzweifeln!

— Eine Consequenz des Sozialistengesetzes. Die „Berliner Freie Presse“ ist durch eine anonyme Zuschrift davon benachrichtigt worden, daß Berliner wie auswärtige Sozialdemokraten mit dem Plane umgingen, nach Annahme des Ausnahmegesetzes eine regelrechte Steuerweigerung in Scene zu setzen. Ein Jeder werde die Zahlung der Steuern verweigern und es zur Auspändung kommen lassen. Wenn in Berlin bei so vielen Bürgern die Exekution eintrete, so würde die Zahl der Exekutoren, der Versteigerungscommissare nicht ausreichen, um im Laufe eines Jahres die Pfandobjekte in Geld umsetzen zu können. Zudem würden die vorhandenen Magazine nicht ausreichen, all das Gerümpel zu bergen. Die Anhänger dieser Idee sollen bereits nach Tausenden zählen. Im Geheimen werde die Agitation mit großem Erfolg betrieben. In Berlin aber seien die Massen schon von dieser Idee erfüllt. Sie hätten sich verbündet, einander in diesem „Steuerstreik“ beizustehen. Keiner wolle die Pfandobjekte seines Nächsten ersteigern, wenn es nicht auf dessen Wunsch für ihn selbst geschähe etc. — Die „Berliner Freie Presse“ erklärt, sie wolle noch kein Urtheil zur Sache abgeben, warnt aber ihre Anhänger vor undorftigen Aeußerungen in öffentlichen Lokalen.

— Das Endresultat der letzten Reichstagswahlen stellt sich folgendem dar. Die Gesamtsumme der im ersten Wahlgange abgegebenen sozialistischen Stimmen betrug 435,833; dazu das Mehr der engeren Wahlen mit 38,845 gleich 474,678; mit den fehlenden Kreisen (aus denen trotz öffentlicher und brieflicher Aufforderung das Resultat nicht einging) über 475,000. 1877 wurden im ersten Wahlgange ausgegeben ca. 495,000; dazu 82,368 Stimmen mehr bei den engeren Wahlen gleich circa 577,000. Bei den Nachwahlen gewann die sozialdemokratische Partei ca. 3000 Stimmen, so daß die Gesamtsumme rund 580,000 betrug. 1874 fielen im ersten Wahlgange 356,153 so-

einen dieser Haisfische jaft in unserem Fahrwasser spielen sehen, so wollen wir unsere Fahrt einen Augenblick unterbrechen und eine Harpune nach dem dreifischen Eindringling werfen.

Es sind auch noch andere Gründe, welche uns das Buch Christoph Wild's: „Ein Jahr sozialer Arbeit 1877“ (Bromberg, Fischer) zur Statuirung eines Exemplars geeignet erscheinen lassen. Erstens ist es ein ganz unübertreffliches Exemplar der Gattung, an dem sich die Methode jener Schreier- und Kleisterhelden sehr schön studiren läßt. Zweitens ist es — wir sagen es ungern, aber wir sagen es, weil es die Wahrheit ist — von einem großen Theile der Presse dem Volke als eine heilsame und nützliche Quelle der Belehrung empfohlen worden. Drittens soll es Fortsetzungen erhalten, was um jeden Preis gehindert werden muß. Viertens endlich erscheint es pseudonym, so daß wir, indem wir es literarisch und moralisch abthun, eben nur die Gattung, eben nur die Sache und keine Persönlichkeit treffen. Wir kennen Christoph Wild nicht und er kennt uns nicht. Er hat uns nie etwas gethan und wir wollen ihm auch nichts thun. Sollte er sich dennoch schmerzlich berührt fühlen, so wird ihn wenigstens das Bewußtsein, daß er nur für seine Brüder in Marx'sas buldet, erheben und trösten.

Die gedachte „Schrift“ kostet 2 Mark und soll nach der Vorrede die soziale Bewegung des Jahres 1877 schildern, also einen recht nützlichen Zweck erfüllen. Schlägt man sie aber auf, so findet man nichts Anderes als 29 Kapitel voll kritischer Glosse zu einer Menge einzelner Fragen, die ohne jede systematische Anordnung sich über Tausend und ein Ding verbreiten, und einen Anhang, welcher Auszüge aus sozialdemokratischen Kalendern, Unterhaltungsblättern und Büchern enthält. Und dies ganze Buch mit Ausnahme des Titels, der Kapitelüberschriften, der Vorrede und des Schlusworts, deren jedes noch nicht eine Seite füllt, und etwa noch eines oder zwei Duzend Zeilen, ist Schreier- und Kleistergut. Herr Wild hat schlaue als die meisten seiner Kunst allerdings nicht sowohl aus Büchern wie vielmehr mit Vorliebe aus schnell verwehenden Zeitungsblättern die Hunderte und Hunderte von Flicken herausgeholt, aus denen sein großes Plagiat zusammengepläht ist. Wir können die Sache genau constatiren, da gut zwei Drittel der „Schrift“ aus einer wild verworren durcheinander gerüttelten Unmasse von Bruchstücken aus den vorjährigen Leitartikeln der „Staatsbürger-Ztg.“ bestehen. Beispielsweise will Herr Wild das X. Kapitel seines Buches schreiben. Er nimmt die Schere, fährt blindlings in den Jahrgang 1877 der „Staatsbürger-Ztg.“ hinein und reißt drei Stücke aus, die äußerlich etwa ein Kapitel zu füllen versprechen. Nun gehören dieselben drei Leitartikel (15. März, 3. Juli,

Kampf mit geistigen Waffen.

In der Berliner „Staatsbürger-Zeitung“ finden wir folgenden interessanten Artikel:

In der deutschen Literatur und Presse giebt es eine Klasse von Leuten, die, wie Lassalle treffend sagt, zu jeder bürgerlichen Pantomime zu schlecht, zu ignorant zum Elementar-Schullehrer, zu unfähig und arbeitsscheu zum Postsekretär, sich eben deshalb berufen glauben, Volksbildung zu treiben. Im Grunde haben diese Individuen gar keinen Anspruch auf den Namen von Schriftstellern; denn sie arbeiten nicht mit dem Kopfe oder auch nur mit der Feder, sondern einfach mit dem Kleistertopf und der Schere. Sobald nämlich irgend eine Frage die öffentliche Aufmerksamkeit lebhaft beschäftigt, hürzen sie sich wie die Harpyien auf die Zeitschriften, Broschüren, Bücher, welche durchdachte und originelle Darstellungen über die betreffende Frage enthalten, fahren blindlings mit der Schere in dies literarische Material, bis einige Hundert Segen bedruckten Papiers vor ihnen liegen, quisten und quirlen diese verworrene Masse aus allem Zusammenhang gerissener Abschnitte, Kapitel, Sätze noch tüchtig durcheinander, kleben die einzelnen Stücke dann wieder ganz blindlings auf große Bogen Papier, heften diese Bogen zusammen und vor sie ein Blatt, auf welches sie einen Titel schreiben und etwa eine kurze Vorrede, schicken endlich die ganze Pasete in eine Druckerei, aus welcher sie dann als funkelnelnendes Buch hervorgeht. Sobald dies Machwerk erschienen ist, posannen es die Spieggelsellen des „Verfassers“ — denn diese Leute hängen alle wie die Kletten zusammen und haben förmliche Affekurationsgesellschaften gebildet, in denen Alles gelobt wird, was von ihnen, und Alles getadelt wird, was von Anderen ausgeht — als epochemachendes Meisterwerk aus und reifen zugleich die Werke herunter, aus denen es zusammengeplündert ist, was beiläufig meistens der „Verfasser“ schon in der Vorrede seines „Werkes“ selbst besorgt hat. Natürlich verräth er den Lesern niemals, woher er seine Weisheit hat, sondern hängt seinem nackten Raube bestmöglichst nur insofern ein Mantelchen um, als er etwa gelegentlich in eine Bemerkung des stibigten Manuscripts ein Sätzchen einschleibt dergestalt: „wie der und der“ (Name des bestohlenen Autors) „nicht mit Unrecht sagt“ oder „Aehnliches“. Es ist das Verfahren jenes Taschendiebes, der, als er eine Uhr gestohlen hatte, mit stilllicher Benugthuung constatirte, daß sie richtig ging.

Die Folgen dieses Verfahrens leuchten ein. Zunächst verdrängt diese Schandliteratur die besseren Werke tüchtiger Autoren. Denn da jenen Individuen des schäblichste Honorar noch immer

zialistische Stimmen; bei den engeren Wahlen mehr 23,359, also im Ganzen 379,512. Bei der letztverflossenen Wahl wurde bekanntlich in einer großen Anzahl Kreise entweder sehr wenig oder gar nicht agitiert, sondern die ganze Kraft auf Beschaffung von Mitteln für die offiziellen Wahlkreise gelegt. Angesichts der ungünstiger kaum zu denkenden Verhältnisse, der namenlosen Verheerungen in Folge der Attentate, der unerhörten Maßregelungen, Beeinflussungen und dem beim Wahlakt selbst ausgeübten Druck kann die sozialistische Partei mit dem Wahlergebnisse vollkommen zufrieden sein!

— Dr. Rudolf Meyer veröffentlicht folgenden Brief: „Berehrte Redaktion! In dem Momente, da die Reichsregierung ein Ausnahmegesetz vorlegt, das nach ihrer Ansicht der Sozialdemokratie in Deutschland ein Ende bereiten wird, nach meiner aber aus einer politischen Partei einen gewaltigen und wirklich gefährlichen Geheimbund machen muß, beschäftigt man sich mit Recht mit der Frage, wie diese Partei entstand, welches ihre ersten Ziele waren und wie sie sich weiter entwickelte. Ueber die ersten beiden Fragen war man berechtigt, in den von A. Wagner und Schuhmacher-Bardhlin veröffentlichten Briefen Lassalle's an Robbertus werthvolle Aufschlüsse zu finden. Ich kenne die Originale seit Jahren und Robbertus hat mich auf zwei höchst wichtige Stellen aufmerksam gemacht, welche die Herausgeber entweder unterdrückt oder willkürlich geändert haben. Es ist eine Ehrensache für die Herren Herausgeber, in diesem für unser Vaterland so verhängnisvollen Augenblick den deutschen Abgeordneten durch Wiederherstellung des correcten Textes einen werthvollen Anhalt für ihre demnächstige Abstimmung zu gewähren. Sollten sie sich dieser Pflicht nicht ungesäumt entledigen, so würde ich mich gezwungen sehen, so gut ich das aus dem Gedächtniß kann, zu thun, was sie unterliehen. Es handelt sich um einen Namen und um ein Urtheil über die Tragweite, welche Lassalle selbst seinem ökonomischen Programm beimah. Paris, 12. September 1878. Dr. Rudolf Meyer.“

Wir sind sehr gespannt darauf, was Prof. Adolf Wagner auf diesen Brief antworten wird.

— Admiral Berner hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Ein Telegramm der „Weser-Zeitung“ aus Kiel, 17. September, berichtet darüber: „Das Demissionsgesuch Berner's erregt großes Aufsehen, weil es als Protest gegen das System Stosch betrachtet wird. Gestern Morgen fand eine Erörterung zwischen Stosch und Berner statt, worauf Berner sofort von den Geschäften zurücktrat.“ — Die besten deutschen Kriegsschiffe sind mitten im Frieden zerstört worden und nun geht auch noch der einzige Admiral, der von der Sache etwas versteht.

— „Die Majestätsbeleidigungen und die preussischen Richter“. Unter diesem Titel hat der durch seine Schrift: „Der preussische Richter von seiner Schattenseite“ bekannte Schriftsteller Nikolaus Planenberg eine neue Schrift herausgegeben, wodurch er sich den Born aller Reichswehrweidler zugezogen hat. Planenberg unterzieht die einzelnen Urtheile und die denselben zu Grunde gelegten angeblichen Beleidigungen einer eingehenden Kritik und kommt dabei zu Resultaten, welche für unsere Richter nach mehr als einer Seite hin nichts weniger als schmeichelhaft sind. — Daß man über die Majestätsbeleidigungsprozesse und das damit im indirekten Zusammenhang stehende Denunziationswesen in den weitesten Kreisen des Volkes ganz anders denkt, als wie es gewissen Kreisen lieb ist, ist bekannt, und nur so der giftige Ton erklärlich, in welchem eine unzweifelhaft offiziöse Notiz gehalten ist, welcher wir in liberalen und conservativen Blättern begegnen, und welche sich auf obengenannte Broschüre bezieht. Planenberg — bekanntlich soll sich hinter diesem Pseudonym ein preussischer Richter verstecken — hat eben ausgesprochen, was Hundert-Tausende, ja der gesamte freisinnige Theil des deutschen Volkes denkt und das soll nicht sein, deshalb die Wuth.

— Das Gesuch der Reichstagsabgeordneten Bahleich und Kayser, um vorläufige Haftentlassung anlässlich der Reichstagsession, ist von der sächsischen Regierung abgelehnt worden.

— Unser Parteigenosse Gänther, Redakteur des „Brounschweiger Volksfreund“, ist anlässlich einer Besprechung des Dieb-

9. November) an, welche die aller verschiedensten Fragen behandeln, die Ergebnisse der Klassensteuer, das Gebrecht und das allgemeine Stimmrecht. Allein gleichviel, die Papierstücke werden aufgelegt, darüber geschrieben „Politische Zeitfragen“ und das X. Kapitel ist fertig. Ober Herr Wild will den „katholischen Sozialismus“ in 1877 schildern. Da schneidet er 14 Zeilen aus einem Kettler's Stellung in der Polemik Lassalle-Schulze erwähnenden Leitartikel (20. Januar), 40 Zeilen aus einem Mousfang's soziales Programm kritisirenden Leiter (10. März), 20 Zeilen aus unsem Nekrolog auf den Bischof von Mainz (14. Juli), 16 Zeilen aus unserer Kritik eines Buches vom Fürsten Henburg-Birstein, klebt diese aus allem Zusammenhang gerissenen und sinnlos nebeneinanderwirbelnden Bruchstücke ohne jede Aenderung oder Zusatz auf, und das XXIV. Kapitel ist fix und fertig. Oder aber Herr Wild macht das XXVIII. Kapitel: „Der sozialdemokratische Congress“. Er schneidet 49 Zeilen aus unserer Besprechung (31. Mai) dieses Congresses, 7 Zeilen aus unserer Kritik (21. September) der wissenschaftlichen Zeitschriften der Sozialdemokratie aus und klebt sie hintereinander. Dann schreibt er ausnahmsweise einmal eine Zeile, lautend: „Wir schließen hieran einige Sätze aus dem sozialdemokratischen Programm.“ Allein in demselben Augenblick ist ihm dies originale Beginnen schon wieder leid; es folgt unmittelbar und wortwörtlich ein zwanzigzeiliger Fehler aus einem unserer Artikel (3. Januar), der nicht den leisesten Zusammenhang mit dem Congress hat und einen Wahlspruch der Berliner Sozialdemokraten bespricht, und unmittelbar daran schließen sich dann weitere 31 Zeilen aus einem Leitartikel (15. Januar), welcher untersucht, in welchem Zahlverhältnis die steuernden Mitglieder der Sozialdemokratie zu den stimmenden stehen. Und wenn der Leser diesen Höllensalat von hant aus den allerheterogensten Artikeln zusammengewürfelten Broden hinuntergewirft hat, weiß er, was „der sozialdemokratische Congress“ 1877 ausgerichtet hat! Es ist unerhört und unglaublich, aber buchstäblich wahr.

Im Ganzen sind von den 28 Kapiteln der „Schrift“ 16 ganz und 3 theilweise aus einzelnen sinnlos aneinandergeliebten Paragraphen unserer Leiter zusammengeschneidert und gekleistert. Durchschnittlich schlachtet Herr Wild drei bis sechs Artikel für ein Kapitel aus. Beispielsweise Kapitel VI ist aus zwei Leitern über die Gewerbeordnungsdebatten im Reichstage und einem Leiter über die Gewerbezahlung komponiert, Kapitel VII dagegen aus sechs Artikeln über Kinderarbeit, Kunstgewerbe und Gefängnisarbeit, Fabrikinspektoren, Koalitionsrecht, Strikes, Patentgesetz. Kapitel XVI „Die Affaire Dühring“ ist ein blutig verstämmelter Rumpf aller unserer fortwährend zusammenhängenden Artikel über

nechtlichen „Sittenlebens“ im Reichstage unter der Auflage der Majestätsbeleidigung verhaftet worden. — Genosse Baumfeger, der sich in Dresden in Haft befindet, hat noch 3 Wochen Gefängniß hinzubekommen. — C. Wolferts in Barmen erhielt 6 Wochen Gefängniß — Delict § 131.

— „Die Zukunft“, Sozialistische Revue. Das letzte, 24. Heft, des ersten Jahrganges enthält: Strafrecht, Strafverfahren und Strafvollzug im Lichte des Sozialismus (Schluß). — Die Exploitation der Arbeit in Amerika. Von Dr. Geo. C. Stiebeling (Fortf.). — Rezensionen.

Lehmann-Hödel.

Wir haben schon vor einigen Tagen erwähnt, daß die Behörden sich geweigert hätten, der Mutter des „Attentäters Sr. Majestät“ dessen letzten Brief an sie auszuhändigen. Jetzt lesen wir in Bezug auf diesen Brief und andere Schriftstücke von der Hand Lehmann's Folgendes in den Berliner Zeitungen:

„Der Oberstaatsanwalt v. Lud., welcher in dem Hochverrathprozeß gegen Hödel fungirte, hat in einer kleinen, ansehend nur für juristische Kreise bestimmten Schrift interessante Mittheilungen über die beiden letzten Tage Hödel's gemacht, welche manches Neue enthalten. So hat Hödel, nachdem ihm die Vollstreckung der Todesstrafe bekannt gemacht worden war, thätlich noch ein Begnadigungsgesuch verfaßt. Dasselbe lautet:

„Euer Kaiserliche Majestät von Deutschland, König von Preußen u. bittet ganz unterthänigst der Klempnergehilfe Hoedel, angeklagt wegen Hochverraths und durch das königliche Kammergericht zum Tode verurtheilt, gestützt auf die Generosität Sr. Majestät, um Regierung des Urtheils, indem er um Gnade bittet zur Erhaltung seines Lebens.“

Das Gesuch wurde am Mittag beim Kammergericht unter Beziehung des Oberstaatsanwalts vorgelesen, aber nicht für geeignet erachtet, einen Aufschub der Strafvollstreckung zu bewirken. — Die letzten, bis jetzt noch nicht veröffentlichten Schriftstücke Hödel's umfassen den letzten Brief an seine Eltern, seine letzten Wünsche und eine Selbstbiographie. Der Brief lautet:

„Berlin, den 15. August 1878. Herzlichgeliebte Eltern! Am heutigen Tage ist mir meine Beförderung vom Leben zum Tode aus morgen früh 6 Uhr angezeigt und wird die Exekution in Moabit stattfinden. Meine angeborene Weichherzigkeit habe ich vollkommen abgestreift, um nicht die letzten Lebensstunden mich in Traurigkeit verfehlt zu sehen, immer heiter und sibi — meiner Liebe zu Euch seid Ihr stets auch in ich auch in Momenten versichert gewesen, also noch heute, was ich gewiß weiß, ja bis zum letzten Athemzug; ich möchte jedoch nicht, Euch in Traurigkeit zu versetzen, was ich zwar schon oft gethan, doch daß Ihr mir vergeben, ich fahre also mit sächsischer Gemüthlichkeit ab.

Waldeinsamkeit, wie mich erfreut so morgen wie heute Waldeinsamkeit Die mich erfreut Promenade, Rosenthal, Schwaneenteich.

Ich bin sehr erfreut zu wissen, daß Ihr Euch trösten könnt; das Vergessen wird auch seine Macht an Euch bewahren, daß bin ich sicher, das Gras wächst schnell, ich wünsche, geliebte Eltern, daß das Rad der Zeit rollt über Alles. Hoch lebe die Commune! Den von Euch abgeordneten Brief, den Einzigen, den ich erhalten, lege ich Euch hier bei; auch einige Bündel Kopfhaare als Locke und Fingerringelabschnitte, die graunig lang gewachsen waren, Ihr könnt Euch überzeugen, zum Andenken. Eine lange Conversation per Brief habe ich in meinen beschlagnahmen Briefen geführt, respiziren will ich nicht mehr; es nützt Euch auch nichts. Ich wünsche Euch schließlich alle Annehmlichkeiten im Alter, glückliches Zusammenleben, die bisher angehaltene Gesundheit, auch späterhin und: Macht hier (auf Erden) das Leben gut und schön, kein Jenseits (Himmel) giebt's, kein Wiedersehen! Unterschrift.

„Vivat la Franc.“

Max Hödel's letzte Wünsche sind folgende:

1) Die Spielbox, jammert den Photographien von mir, vom Photograph Dietrich, die Photographie, die bei meiner Verhaf-

diese Affaire; um sie in das Procrustesbett eines Kapitelrahmens zu spannen, sind die wichtigsten Glieder der logischen Entwicklung weggeschleudert. Kapitel XVII, unter dem stolzen Titel: „Hödel, Darwin und Birchow“, brant zwei unserer Artikel über Birchow's Rede auf dem vorjährigen Naturforschercongress auf anderthalb Seiten zusammen. Kapitel XX, „Politisches“, enthält unter diesem anspruchslosen Titel Bruchstücke aus einigen unserer Artikel über die Arbeiterfrage, die reaktionäre Sozialpolitik, die Agrarier und die Broschüre des Leipziger Fortschrittlers Fintel. Die letzten Kapitel über die Staatssozialisten, Ratheder Sozialisten, Max Hirsch, Internationale, Semer Congress u. sind ganz und gar unsern entsprechenden Ausführungen, aber immer in sinnlos zusammengeschweißten Bruchstücken entnommen.

Von dem letzten Drittel der „Schrift“ ist ein Kapitel einer Broschüre von Lammers, ein Kapitel einer Broschüre von Fries, ein Kapitel einem Vortrage von Professor Held, ein Kapitel der „Berliner Freien Presse“ entnommen. Etwa von einem halben Dutzend Kapitel können wir nur im Allgemeinen angeben, daß sie aus den Leitartikeln anderer hiesiger Blätter, deren wir uns genau erinnern, zusammengestümpert sind. Von dem „Verfasser“ selbst sind, wie gesagt, nur Titel, Kapitelüberschriften, Vorrede und Schlusswort und vielleicht auch Kapitel X, welches unter dem Titel: „Die Manchesterpartei“ genau 11 Zeilen zählt. In dem Schlusswort rechtfertigt Herr Wild die Herausgabe seines Buchs ganz nach der Methode dieser Sorte von „Schriftstellern“. Er empfiehlt seine „freie und frische“, wie er es nennt, Schreib- und, wie wir es nennen müssen, Scheeren- und Kleisterweise und versetzt den ernsthaften Schriftstellern auf sozialpolitischem Gebiete über Sozialdemokratie „sehr mangelhaft“ nennt, weil sie „professorenhaft langweilig“ oder „historisch gewissenhaft“ sei. Es ist eine Schande und eine Schmach, daß im „Volke der Denker und Dichter“ ein solcher Plagiator nicht bloß ungeachtet, sondern selbst vielfach gelobt, die von ihm geplünderten originalen Autoren wegen ihrer „historischen Gewissenhaftigkeit“ dem Publikum denunciren darf.

Und damit genug! Wir sind fertig mit Herrn Wild und seinem Buche und scheiden von ihm, so es sein und unser gültiges Schicksal will, auf Nimmerwiederssehen!

So die „Staatsbürger-Zeitung“. Wir wollen diesem Artikel nur hinzufügen, daß eben dieser selbe Christoph Wild einer der Hauptmitarbeiter der „Magdeburgischen Zeitung“ ist, von welchem sich das genannte Blatt die heftigsten und perfidesten Angriffe gegen die Sozialisten für das Feuilleton zusammengeherrten und Kleistern läßt.

tung gefunden, meine Mutter und mich darstellend, diese Objekte bitte ich meinen Eltern zuzustellen.

2) Die, nicht der Reichsregierung „gefährlichen“ Briefe, welche ich an meine Eltern u. s. w. geschrieben, denselben dieselbe einzuhändigen, sammt den heute geschriebenen und Beigegebenen.

3) (St unangefüllt geliebt.)

Stadtvoigtei Berlin, den 15. August 1878. Autobiographie des Klempnergehilfen Emil Heinrich Max Lehmann, geb. Hödel, gen. Traber, geboren am 27. Mai 1857 in der Johannisgasse zu Leipzig von der Jungfrau Charlotte Amalie Emilie Hödel, Tochter des verstorbenen Schuhmacher-Meister Hödel in Röders, Gumbatto Hoch (?) ist geboren am 4. Mai 1820 in Röders; mein Vater ist mir unbekannt geblieben. Am 14. Juni des J. erhielt ich in der Thomaskirche zu Leipzig die „heilige“ Taufe. Geburtsfeier. Den zweiten Geburtstag erlebte ich in Röders, im Hause meiner Großmutter, den dritten bis sechsten in Schkeuditz in der Pflege meines Onkels, der zugleich Curator, den siebenten bis elften bei meiner Mutter, die unter dem Namen des Schuhmachermeisters Johann Carl Eduard Traber geheiratet, meinen jetzigen Stiefvater; den zwölften Geburtstag auf einer Fuchtreise im Gefängniß zu Magdeburg, an welchem Tage ich auch in Freiheit gesetzt und per Fuß mittelst Marschroute meinen Weg über Köthen nach der elterlichen Wohnung antreten mußte. Am 27. Mai 1870 konnte ich mich im Hause meiner Eltern in Leipzig amüsiren, ein Jahr später, also zur Feier des 13. Geburtstages, befand ich mich in der Erziehungsanstalt zu Reiz; den 14. mußte ich ebenfalls in Beschränkung meiner individuellen Freiheit daselbst erleben; den 15. und 16. hatte ich in der Lehre als Klempner bei Härtling in Reiz zu verbringen; den 17. bei den Gärtner Baum ebenda; 1875 hatte ich die Freude, bei meinen Eltern verweilen zu können, 1876 ditto, 1877 als am 20. Geburtstag sah ich mich im Kreise oppositioneller Böhmen gegen Oesterreich in einem kleinen Städtchen nahe bei Böhmischn-Weipa, ihnen Sozialismus lehrend; das Ende, den 21. Geburtstag in Ketten und Banden in der Stadtvoigtei zu Berlin; inhaftirt wegen Hochverrath und versuchten Mord's Ab Sela. Der Rühr kann geben.“

Dies die anscheinend amtliche Notiz. Was wir in Bezug auf den „letzten Brief“ Lehmann-Hödel's vermuthet: daß er dessen Halbidiotismus drastisch illustriren werde, hat sich durch diese Mittheilung und die Mittheilung der übrigen Schriftstücke im vollsten Maße bestätigt.

Wer so schreibt, ist kein Mensch mit normaler Hirnbildung. Aber noch Eins: wir vermuthen stark, daß der Brief und die übrigen Schriftstücke nicht vollständig sind, das heißt, daß die schlimmsten, wir meinen die verrücktesten Stellen, fehlen. Denn welchen Sinn hätte es sonst gehabt, der Mutter den Brief, welchen man doch veröffentlichen wollte, vorzuenthalten, wozu man juristisch kein Recht hatte.

Correspondenzen.

Breslau, 15. September. Heute kann ich Ihnen nichts Erfreuliches melden. Unser armer Parteigenosse Keller ist, wie Sie aus früher eingelangtem Bericht gesehen, Gefangener in hiesiger Strafanstalt. Aber wie wird der arme Teufel behandelt? Trotzdem derselbe schwer krank, ist ihm die Selbstbefreiung nicht gewährt worden, während notorisch gemeine Verbrecher, wie z. B. ein Arzt, der wegen Nothzucht bestraft worden ist, betrügerische Banterotteure u. alle Begünstigungen haben, welche das Gefängnisreglement nur zuläßt. Keller ist schwer kranken und wird bei der Cigarrenfabrikation beschäftigt; er muß Tabakblätter austrippen! Er ist in so strenger Einzelhaft, daß sogar den Aufsehern streng verboten, denselben aus irgend eine Frage Antwort zu geben, viel weniger ein Wort mit ihm zu sprechen. Sein Tagewerk geht früh 1/2 Uhr an mit Reinigen seiner Zelle und Waschen des Gesichtes, und nachdem er sein „Frühstück“ (wer im Breslauer Gefängniß war, wird es kennen) eingenommen, geht's an die obengenannte Arbeit. Seine Einsamkeit wird höchstens unterbrochen durch den Besuch des Gefängnisfarrers, welcher seine lästigen Belehrungsversuche an ihm zur Anwendung bringt. Der fromme, von christlicher Liebe überschäumende Gefängnisdirektor (der Name ist Grünmayer) sagte nur, als Keller bat, einen Brief an die ihm hier zunächst stehenden Freunde zu schreiben: Was, Ihnen soll ich diese Begünstigung gewähren? Sie, der Sie Tausende durch Ihre Aufhebungen ins Unglück gestürzt haben? Niemals! Alle Genossen, welche Aussicht haben, in die Lage Kellers zu kommen, und es sind nicht ganz wenige, haben hiermit einstweilen einen kleinen Vorgesmack von der Herrlichkeit, die ihrer im Breslauer Gefängniß wartet. Doch, bange machen gilt nicht!

Hainichen, 30. August. Bei der letzten Wahlagitation galt es vor Allem, den Kleinbürgerstand für uns zu gewinnen, was uns in der Folge auch vollständig gelungen, zumal sich die reichstreuen Parteien, Conservative und Liberale, mit allem nur möglichem Schmutz bewarfen. Die Gegner glaubten hier die Sozialdemokraten todgemacht zu haben; da auf einmal traten wir öffentlich mit unserem Candidaten Kayser auf den Kampfplatz. Wir hatten uns bis dahin in aller Stille organisiert, Konferenzen abgehalten und Alles zum Kampf bereit gemacht, und gerade diese Taktik mochte die Gegner verwirrt haben, denn das Geschimpf unter ihnen ging fort. Auch mochten sie wohl glauben, daß wir nur eine geringe Zahl von Stimmen erhalten würden, denn es war Alles nur mögliche von ihnen versucht worden, die Arbeiter einzuschüchtern und mit Entlassung aus der Arbeit zu bedrohen. Auch bezüglich Abhaltung einer Wählerversammlung machte man uns allerhand Schwierigkeiten, doch gelang es uns, eine solche am 27. Juli zu arrangiren, in welcher Genosse Goldstein mit vielem Beifall sprach. Nicht so die Versammlungen der Conservative am 28. Juli in Langen-Striegis und am 29. in Hainichen. In beiden Versammlungen wurde den Herren Liberalen das Wort nicht gegeben. Letztere, wo Herr v. Dehlschlügel selbst zugegen, wurde sofort nach Beendigung des Vortrags vom Vorsitzenden in „Gottes Namen“ geschlossen und kam es fast zu Thätlichkeiten zwischen diesen beiden Parteien. Daß diese Vorgänge uns nur genügt, beweist das Resultat vom 30. Juli. Trotz aller Machinationen, Drohungen u. hatten wir einen Zuwachs von 980 Stimmen gegen den 10. Jan. 1877. Aber noch war der Sieg nicht ganz erreicht und galt es nun mit aller Kraft vorzugehen, zumal sich die feindlichen Brüder sofort einigten und geschlossen uns gegenüber Stellung nahmen. Bereits am 5. August langte Genosse Hörig aus Hamburg hier an, mit welchem wir sofort die weiteren Maßnahmen beratheten. Sonntag den 11. fand in dem nahen Langen-Striegis eine von uns arrangirte, sehr gut besuchte Versammlung statt, in welcher Hörig mit viel Beifall sprach. Auch hatte sich zu derselben ein Gegner in der Person des Dr. Seifert aus Dederan eingefunden. Nachdem derselbe zum großen Erbötzen der anwesenden Sozialisten eine ganze Reihe von abgerissenen Sätzen aus Bebel's und Liebknecht's Schriften vorgelesen, sowie

